



Bundesministerin für
EU und Verfassung

bundeskanzleramt.gv.at

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.320.599

Wien, am 2. Juli 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Lercher, Kolleginnen und Kollegen haben am 3. Mai 2021 unter der Nr. **6492/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Nationaler Aufbau- und Resilienzplan 2020-2026“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 13 bis 34:

- 1. Seit wann wird in Ihrem Ministerium am Nationalen Aufbau- und Resilienzplan gearbeitet?*
- 13. Warum wurden die Projekte nicht öffentlich vorgestellt und diskutiert?*
- 14. Warum wurde der Nationale Aufbau- und Resilienzplan nicht dem Nationalrat zur Abstimmung vorgelegt?*
- 15. Wurde, wie von den meisten anderen Mitgliedstaaten, ein Entwurf an Brüssel übermittelt?*
 - a) Wenn ja, wann und welcher?*
 - b) Wenn nein, warum nicht?*
- 16. Wann wird, beziehungsweise wurde, die finale Version an die EU-Kommission übermittelt?*

17. *Wo sind die konkreten Entwürfe und Versionen öffentlich einsehbar?*
18. *Wer hat genau am Nationalen Aufbau- und Resilienzplan mitgearbeitet und warum?*
19. *Wie wurde die Auswahl der Projekte getroffen?*
20. *Wer hat die Auswahl der Projekte getroffen?*
21. *Wie wurde der Schlüssel für die Verteilung der Gelder in die einzelnen Bereiche festgelegt?*
22. *Wie ist die im Plan genannte CO₂-Einsparung von 20 Millionen Tonnen berechnet worden?*
23. *Warum wurden bereits beschlossene/bereits umgesetzte Projekte in diesen Plan erneut eingearbeitet?*
24. *Handelt es sich beim Nationalen Aufbau- und Resilienzplan nur um einen Versuch der Entlastung des nationalen Haushalts?*
 - a) *Wenn ja, gehen Sie davon aus, dass alle Projekte genehmigt werden?*
 - b) *Wenn nein, warum wurden dann nicht mehr neue Projekte eingearbeitet?*
25. *Wie verteilen sich die beantragten Gelder auf die einzelnen Bundesländer?*
26. *Wie unterstützt der Plan die einzelnen Regionen in Österreich?*
27. *Was ist angedacht, wenn einzelne Projekte nach der Prüfung durch die EU nicht akzeptiert werden?*
28. *Haben Sie vor, nachträgliche Änderungen in den Wiederaufbauplan einzuarbeiten?*
 - a) *Wenn ja, bis wann ist dies angedacht?*
 - b) *Wenn nein, warum nicht?*
29. *Ist eine Nachreichung von Projekten bei der EU- Kommission möglich?*
 - a) *Wenn ja, bis wann?*
30. *Warum wurden keine strategischen staatlichen Beteiligungen im Plan festgelegt?*
31. *Was verstehen Sie unter dem „Bildungsbonus“?*
32. *Was verstehen Sie unter dem „Frühstarterbonus“?*
33. *Was verstehen Sie unter einer „Nationalen Finanzbildungsstrategie“?*
34. *Warum wurden in den NARP keine frauenfördernden Maßnahmen eingearbeitet?*

Der nationale Aufbau- und Resilienzplan wurde federführend vom Bundesministerium für Finanzen in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie erstellt. In meinem Verantwortungsbereich lag die Koordinierung und Einbindung der relevanten Stakeholder. Zu den oben angeführten Fragen darf ich daher auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 6489/J vom 3. Mai 2021 durch den Bundesminister für Finanzen verweisen.

Zu den Fragen 2 bis 12:

2. *Wie hat der öffentliche Beteiligungsprozess genau ausgesehen?*
3. *Wurden Gespräche mit dem Österreichischen Städte- und Gemeindebund geführt?*
 - a) *Wenn ja, wann?*
 - b) *Wenn nein, warum nicht?*
4. *Wurden Regionen und Gemeinden dazu aufgerufen Projekte für den Nationalen Aufbau- und Resilienzplan einzureichen?*
 - a) *Wenn ja, wie und wann?*
 - b) *Wenn nein, warum nicht?*
5. *Wurden mit den Sozialpartnern Gespräche geführt?*
 - a) *Wenn ja, mit wem und wann?*
 - b) *Wenn nein, warum nicht?*
6. *Wurden Anregungen der Sozialpartner in den Nationalen Aufbau- und Resilienzplan eingearbeitet?*
 - a) *Wenn ja, welche?*
 - b) *Wenn nein, warum nicht?*
7. *Wie viele Gespräche/Treffen/Telefonate gab es mit Ihnen und den Jugendorganisationen?*
8. *Wie viele Antworten/ Ideen/ Projekte wurden insgesamt im Konsultationsprozess übermittelt?*
9. *Welche konkreten Vorschläge/ Projekte seitens der Gewerkschaft, der Arbeiterkammer oder der Jugendorganisationen hat es gegeben und welche davon wurden konkret von der Bundesregierung aufgenommen?*
10. *Wann fand eine Konsultation ebendieser statt, um in den Diskussionsprozess einzusteigen?*
11. *Ist der Entwurf des Nationalen Aufbau- und Resilienzplan den Sozialpartnern zur Begutachtung vorgelegt worden?*
 - a) *Wenn ja, wann?*
 - b) *Wenn nein, warum nicht?*
12. *Sehen Sie Artikel 18 Abs 4q der VO zur Fazilität trotz der öffentlichen Kritik an ihrem vorgehen als erfüllt an?*

Im Rahmen der Kick-Off Veranstaltung wurden Vertreterinnen und Vertreter der Bundesministerien, Länder und Gemeinden, Sozialpartner sowie von zivilgesellschaftlicher Organisationen am 26. Jänner 2021 zum Nationalen Reformprogramm 2021 über die Vorgaben seitens der Europäischen Kommission, den Prozess und über die weiteren konkreten Schritte informiert. Zugleich wurde darüber informiert, dass Bürgerinnen und

Bürger, Interessenverbände, Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft und Wissenschaft gemäß den Vorgaben von Artikel 18, Absatz 4(q) der Verordnung (EU) 2020/241 im Rahmen einer öffentlichen Konsultation bis zum 26. Februar 2021 ihre Vorstellungen und Meinungen zum nationalen Aufbau- und Resilienzplan an die eigens dafür eingerichtete Kontaktstelle mail@recover.austria.gv.at übermitteln können. Die eingereichten Beiträge wurden vom Bundesministerium für Finanzen sorgfältig ausgewertet und hinsichtlich der Kompatibilität mit den in der entsprechenden Verordnung (EU) 2021/241 dargelegten Kriterien überprüft. Meine Aufgabe war es, diesen Kommunikationskanal zu eröffnen und eine öffentliche Konsultation dazu zu ermöglichen.

Ergänzend dazu habe ich mich im Februar 2021 in persönlichen Gesprächen zu den politischen und strategischen Leitlinien der Europäischen Kommission mit dem Vorsitzenden der Landeshauptleutekonferenz, den Präsidenten des Gemeinde- und Städtebundes, den Präsidentinnen und Präsidenten der Sozialpartnerorganisationen, aber auch mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft (NGOs aus den Bereichen Umwelt, Jugend, Frauen und Soziales) und der Wirtschaft ausgetauscht. In weiteren Gesprächs- und Informationsrunden in der zweiten Aprilhälfte 2021 habe ich über die im Entwurf vorgesehenen Investitions- und Reformschwerpunkte informiert.

Der nationale Aufbau- und Resilienzplan wurde am 30. April 2021 an die Europäische Kommission übermittelt und kann über die Website <https://www.oesterreich.gv.at/nachrichten/allgemein/EU-Aufbauplan.html> abgerufen werden. Wie in Kapitel 4.6 sowie in Tabelle 12 dargelegt, haben zahlreiche der im Rahmen der öffentlichen Konsultation angesprochenen Investitions- und Reformbereiche Eingang in den österreichischen Aufbau- und Resilienzplan gefunden.

Mag. Karoline Edtstadler

